

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Erhalten Sie sich mit Anstehen der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 4.50 Mk., durch unsere Vertreter zugesandt in der Stadt monatlich 5 Mk., auf dem Lande 6.25 Mk., durch die Post bezogen monatlich 15.75 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postpakete und Postboten sowie andere Zusteller und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises.



Infanteriepreis 1 Mk. für die 6 gefaltene Korpuszelle oder deren Raum, Refarmen, die 2-stellige Korpuszelle 2.50 Mk. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechender Preisnachlass. Bestellungen im amtlichen Zeit für den Zeitungen die 2-stellige Korpuszelle 3 Mk. Nachmittags-Beleg 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Nachdruck ist strafbar. Wenn der Beitrag durch Mängel eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt, Bezugs- und Drucker: Arthur Fichante in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Vossig, für den Inseratenteil: Arthur Fichante, beide in Wilsdruff.

Nr. 210.

Donnerstag den 8. September 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Im Kommunalverband Meissen-Land kommen in der Woche vom 11. bis 17. September auf sämtliche Nährmittelarten, Abschnitt 17

350 Gramm amerikanisches Weizenmehl, Pfundpreis 3,75 Mk.

zur Verteilung.

Meissen, am 6. September 1921.

Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 101 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Wilsdruffer Maschinen-

fabrik Bruno Goldnau betr., ist heute eingetragen worden: Die Firma ist erloschen. A Reg 96a/21 6578 Amtsgericht Wilsdruff, am 6. September 1921.

Grumbach. Freitag den 9. September nachmittags 12—2 Uhr Birnen-Bergamotte, Pfund 80 Pfg.

Grumbach, am 7. September 1921.

Der Gemeindevorstand.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die bayerischen Koalitionsparteien verlangen die erneute Entsendung von Unterhändlern zu Verhandlungsbesprechungen mit der Reichsregierung.

* Die Sozialdemokraten sahen in Nürnberg eine Entschleunigung, in der verlangt wird, mit allen Mitteln, selbst mit einem unbefristeten Generalfreistellungs- oder die Trennung Nordbayerns von Südbayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu erzwingen.

* Die Entente möchte sollen ein Ultimatum an Ungarn zur sofortigen Räumung des österreichischen Gebietes gefandt haben.

* Zum Präsidenten der in Genf tagenden Versammlung des Völkerbundes wurde der holländische Außenminister van Karnebeek gegen die Stimmen der Franzosen gewählt.

* Die griechische Delegation in Genf teilt mit, daß die griechischen Truppen in Angora eingezogen sind.

* Der amerikanische Arbeiterführer Comperis erklärte, in den Vereinigten Staaten befänden sich augenblicklich ungefähr sechs Millionen Arbeitslose.

Um die Deute.

Von der Befähigung und Bekämpfung der freundschaftlichen Beziehungen, die nach Abschluß der letzten Tagung des Obersten Rates die Vertreter Englands und Frankreichs sich wieder einmal gegenseitig feierlich vor aller Welt versichert, ist es längst wieder still geworden in London und in Paris. Den Entschluß, die oberste Frage an den Völkerbundrat zu verweisen, gab man noch als eine Art Befestigung dieses unverbrüchlichen Freundschaftsverhältnisses aus. Je näher aber der 31. August herankam und damit die Zahlung der ersten deutschen Milliarde Wirklichkeit wurde, desto mehr drängten sich in der französischen Presse Betrachtungen darüber in den Vordergrund, daß all dieses schöne klingende Gold lediglich England und Belgien, kein Pfennig davon aber den französischen Kasernen zugute komme. Die Franzosen halten nun einmal dafür, daß jeder Frank, der nicht Franzosen gehört, seinen Wert verfehlt habe, und bei aller Besonnenheit, ihre wahren Herzensneigungen nicht gar zu deutlich vor Europa auszustrahlen, drängen sie doch immer nachdrücklicher auf eine Revision der Abmachungen vom 13. August. Auch die Kammer begann sich zu rühren, eine Interpellation wurde Herrn Briand angefangelt, und schon sah es so aus, als sollte der Finanzminister Doumer seinen Platz räumen.

Einstweilen ist man zunächst aber auf das übliche Mittel neuer diplomatischer Verhandlungen verfallen, und die freundschaftliche Rücksicht auf den Bundesgenossen verlangt, daß man sich insofern bis auf weiteres einige Zurückhaltung auferlegt. Das heißt natürlich: Was man in Frankreich Zurückhaltung nennt. Hervor zum Beispiel macht trotzdem gar kein Hehl daraus, daß „die schönen Gefühle unseres Volkes für England in dem Streit über die erste Milliarde abkühlen“ müssen. Lloyd George könne sich keine Vorstellung machen von dem Schaden, den diese unglückliche Angelegenheit der Entente cordiale verursache. In wie vielen Fällen habe sich nicht England schon seit dem Waffenstillstand den französischen Absichten entgegengestellt. Heute sei man sich im allgemeinen klar darüber, daß England in dem Krieg von 1914 nicht etwa aus Sympathie für Frankreich oder Belgien interveniert hat oder um eine gerechte Sache zu verteidigen, sondern einzig und allein aus persönlichen Interessen, nämlich um die See- und Industrienmacht Deutschlands zu brechen und um die Festsetzung Deutschlands in Antwerpen zu verhindern. Heute reiben sich schon viele Leute in Frankreich jedesmal die Hände, wenn England in Irland, in Indien oder sonstwo auf Schwierigkeiten stößt. Das „Echo de Paris“ lehnt es ab, in Fragen, welche die Sicherheit Frankreichs angehen, zu verhandeln oder zu feilschen. Hier müssen die Engländer den Franzosen glauben, müßten ihnen folgen und dürften ihre ausschließlich defensible Tätigkeit nicht durchkreuzen. Sollten die Franzosen ihr kostbares Blut unaufhörlich in neuen Kriegen verspritzen, einzig und allein um den englischen Nachbarn zu gefährden, daß sie ruhig schlafen, wenn sie wissen, daß ein wachsameres Volk an den Vorposten auf Wache steht? Obgleich England ganz genau wisse, daß Deutschland Frankreich niemals bezahlen werde, halte es sich an die erste deutsche Milliarde. Es bestreite Frankreich angesichts des Wiesbadener Abkommens das Recht auf ein solches Abkommen und spreche bei jedem Hinweis auf die Fortdauer der deutschen Rüstungen von der Revokation Frankreichs. So ist es da nicht

wetter gehen. Die Entente sei, wenn man sie so auffassen wolle, nur eine Illusion, an der Frankreich sterben könne. Wenn Lloyd George sich nicht eines Besseren besinne, dann müßte Frankreich die Bande lockern, die es erbrochen, und müßte sich darauf besinnen, daß es auf der Welt nichts Kostbareres gäbe als — die Freiheit. Noch deutlicher, wenn das überhaupt möglich ist, bräczt sich „L'ère nouvelle“ aus. Deutschland, schreibt sie, treibt dem Bankrott zu. Es muß vermieden werden, daß der sichere nabe Bankrott Deutschlands an das französische Surbaden rührt und dieses noch verringert. England und Belgien trafen ihre Vorkehrungsmaßnahmen, wenn sie sich unter verschiedenen Vorwänden des größten Teiles der bereits gemachten Zahlungen bemächtigen. Lassen wir uns von unseren Freunden und Verbündeten nicht überbieten. Im gegenwärtigen Zustand der Zivilität muß jeder auf sich selber zählen. Achten wir schöne Worte, versichern wir uns gegenseitig der Freundschaft, aber seien wir auf unserer Hut!

In diesem Zusammenhange wird das Wiesbadener Abkommen, das Dr. Rathenau vor kurzem mit Herrn Doumer geschlossen hat, von französischer Seite als eine bezeichnende Geste ausgegeben, die dazu bestimmt sei, den Engländern zu zeigen, daß die Franzosen voller Sorge um die Aufrechterhaltung ihrer wesentlichsten Interessen sind. Sollte die Freiheit der wirtschaftlichen Verhandlungen, die notwendig ist für die Aufnahme des internationalen Verkehrs, wie er vor dem Kriege bestand, sich mit der Treue politischen Verpflichtungen gegenüber nicht vereinigen lassen? Die Londoner „Times“ sind geneigt, diese Frage zu bejahen, erwidern aber ihrerseits mit der Forderung, daß dann auch Frankreich das Abkommen vom 13. August über die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen respektieren müsse. In eine buchstäbliche Durchführung des Versailler Vertrages sei doch ohnehin nicht mehr zu denken. Eben daher, daß die Franzosen immer noch auf ihr Bestehen wollten, schreiben sich die fortwährenden Spannungen in den Beziehungen der beiden Länder her. England findet nun einmal keinen Geschmack daran, die Gewalt Herrschaft am Rhein fortführen zu lassen, und sei bereit, sie durch andere Mittel zu ersetzen. Keinesfalls werde eine Ausdehnung der Besatzungszone den Willen Englands finden.

So wird hinüber- und herübergeschossen, weil kein Teil dem andern gerade das gönnt, was er am liebsten haben oder behalten möchte. Es wird auf beiden Seiten vorzichtiger Bedenklichkeit bedürfen, wenn aus den neuen diplomatischen Verhandlungen über die selbige Geldfrage etwas Bestimmtes herauskommen soll.

Schwierige Verständigungsversuche.

Die Berlin-Wilnaer Auseinandersetzungen.

Trotz einer Reihe alarmierender Nachrichten aus Bayern, in denen von einer Verschärfung der obwaltenden Spannung die Rede ist, scheint es doch, als ob eine Verständigung über kurz oder lang erzielt werden könne. Vor allem zeigt sich die parlamentarische Koalition in München in ihrer Weisheit entschlossen, es nicht zu einem Bruch mit der Reichsregierung kommen zu lassen, der auch ihr eigenes Bestehen gefährden würde. Sie wird vielmehr Herrn v. Rahr nahelegen, durch

abermahlige Entsendung von Beauftragten

nach Berlin den schon beschrittenen Weg direkter Verhandlungen mit der Reichsregierung weiterzugehen. Andererseits hat es verstimmend gewirkt, daß die bayerische Regierung die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in der Angelegenheit des Verbots der München-Augsburger Abendzeitung und der Unruhe in Koburg an die Münchener Regierung sandte, bayerischen Zeitungen zur Veröffentlichung übergeben hat, deren Kommentare dahin lauteten, daß die Telegramme einen Eingriff in bayerische Rechte und eine Verhöhnung Bayerns bedeuteten. Der Reichsminister des Innern weist diese Auffassung zurück, da er es gerade vermieden habe, sich unmittelbar an untergeordnete Organe des bayerischen Staates zu wenden oder direkt auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ein Verbot der Zeitungen auszusprechen.

Die Stellungnahme der Sozialdemokratie.

Eine Versammlung der Vertrauensleute der S. P. D. in Nürnberg, in der der frühere Reichsminister Hermann Müller über die Wege sprach, die eingeschlagen werden sollen, „um dem System Rahr-Poehner ein Ende zu machen“, nahm eine Resolution einstimmig an, in der gesagt wird:

„Die Fraktionärversammlung erwartet von den Vertretern der Partei in Bayern, daß sie alle Wege auf das ernsthafteste in Erwägung ziehen werden, die, sei es selbst die Trennung von Bayern oder einen unbefristeten Generalfreistellungs- oder die Trennung Nordbayerns von Südbayern die Aufhebung des Ausnahmezustandes zu erzwingen.“

Man muß auf das ernsthafteste hoffen, daß die bayerische Fraktion beigelegt wird, ehe solche, die Einheit des Reiches auf das schwerste gefährdende Konsequenzen daraus entstehen.

Verordnung und Ausführung.

Eine Interpellation der Volkspartei.

Bei der vielumstrittenen Verordnung vom 29. August, die augenblicklich die gesamte innere Politik beherrscht, ist es notwendig, scharf zwischen dem Sinn und der Ursache dieser Regierungsmahnahme und der Art und Weise ihrer Handhabung durch die zuständigen Behörden zu unterscheiden. Diese hat weit mehr Kritik hervorgerufen als die Verordnung selbst. Das kam auch in einer Fraktionsfrage der Deutschen Volkspartei zum Ausdruck, die dieser Tage zur Besprechung der politischen Lage nach Berlin einberufen wurde.

Die anwesenden Abgeordneten billigten, wie in einer offiziellen Erklärung gesagt wird, einstimmig die von den Fraktionsvorsitzenden gegenüber dem Reichspräsidenten und Reichskanzler abgegebenen Erklärungen über die Notwendigkeit einer gleichmäßigen Anwendung der erlassenen Ausnahmebestimmungen auch gegen die radikalste und gegen jede Nebenregierung nichtverfassungsmäßige Organe. Die Partei verwahrt sich insbesondere auf das schärfste gegen „die unerträgliche systematische Aniederdrückung“ würdiger Feiern nationaler Gedenktage und den „Terror der Straße“, dem gegenüber die Polizeigewalt häufig völlig verlagte, und forderte sofortige Abhilfe. Die vorerwähnten Fälle von Vergeßlichkeiten“ haben die Fraktion zu einer Interpellation über die Stellung der Reichsregierung zur Ausführung der Verordnung des Reichspräsidenten veranlaßt.

Einspruch der Zeitungsverleger.

Auch der Verein deutscher Zeitungsverleger hat sich in einem Protestschreiben an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler gewandt, um gegenüber dem Erlaß vom 29. August die Lebensnotwendigkeiten der Presse wahrzunehmen. Der Verein befürchtet eine unbillige und vermeidbare Erschwerung der schon schweren Berufsarbeit der Verleger und ihrer redaktionellen Mitarbeiter dadurch, daß der Tatbestand der Verordnung nicht scharf genug umrissen sei und daß die Gefahr einer ungleichmäßigen Handhabung der Verordnung gegeben sei, besonders da die Verordnung auch anwendbar sein soll auf Grund von Vorurteilen, die vor dem Inkrafttreten der Verordnung liegen. Nach Ansicht des Vereins bewirken diese Momente eine Rechtsunsicherheit, die der Presse die Erfüllung ihrer Aufgaben im Dienst von Reich und Volk unmöglich machen muß.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Flugverbot im besetzten Gebiet.

Wie der Reichsverkehrsminister bekanntgibt, hat der Reichsrat den von der deutschen Regierung eingelegten Protest gegen das vom Vorkriegsrat ausgesprochene Verbot des Fliegens im besetzten Gebiet und in der neutralen Zone zurückgewiesen. Das Überfliegen des besetzten Gebietes und der neutralen 50-Kilometer-Zone bleibt demgemäß unterlagert.

Gegen das Besetzungsunwesen.

Der Reichsverkehrsminister richtete an den Reichsrat gegen das Besetzungsunwesen in Berlin ein Schreiben, worin er feststellt, daß es den angestrebten Bemühungen der Verwaltung nach Wiederherstellung der Unantastbarkeit ihres Beamtenkörpers entgegensteht, wesentliche Fortschritte zu erzielen. Leider gebe es gewisse Firmen, die sich nicht scheuen, an die Beamten mit mehr oder weniger verhängnisvollen Besetzungsunwesen heranzutreten. Solche Firmen werden von Lieferungen und Leistungen für die Eisenbahnverwaltung künftig ausgeschlossen werden.

Zustufungsgesellschaft gegen Reichsregierung.

In der unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich von Preußen eröffneten Tagung der Wissenschaftlichen Gesell-